

Gegen den Hass

Nach der Terrortat in Wien: Was kann Europa gegen radikalisierte Gefährder tun? | Von Klaus Prömpers



Gemeinsam trauern: Wien nach dem Terroranschlag

Wien ist tief geschockt. Ein 20-jähriger gebürtiger Wiener mit mazedonischen Wurzeln und doppelter Staatsbürgerschaft ermordete vier Passanten in Wiens Kneipenbezirk, dem sogenannten Bermudadreieck im Herzen der Innenstadt. Binnen neun Minuten nach Eingang der ersten Notrufe ist die Polizei zur Stelle und erschießt den Attentäter. Der IS Sympathisant begann sein Morden in der Seitenstettengasse, dem Sitz der jüdischen Synagoge. Der Täter wollte 2018 nach Syrien, um auf der Seite des Islamischen Staates zu kämpfen. In der Türkei wurde er daran gehindert, inhaftiert und im April 2019 im Heimatland Österreich zu 22 Monaten Haft verurteilt, im Dezember 2019 wegen scheinbar guter Führung auf Bewährung freigelassen. In einem Deradikalisierungsprogramm sollte er wieder zurück in die Gesellschaft finden. Im Juli dieses Jahres stellte der slowakische Geheimdienst fest, dass der junge Mann in Bratislava Munition für eine Kalaschnikow kaufen wollte. Angesichts eines fehlenden Waffenscheins wurde ihm dies verweigert. Die Slowakei meldete den Vorfall nach Wien an das Amt für Terrorismusbekämpfung. Zur Staatsanwaltschaft, die seine Bewährungsauflagen hätte verschärfen können, drang diese Nachricht erst in der Nacht des Attentats. Verbindungen in die Schweiz und nach Deutschland, Kontakte zu mehreren vorbestraften Islamisten in Österreich konnten dem Attentäter ebenfalls nachgewiesen werden.

Ob beim Berliner Attentat von Annis Amri, bei den Attentätern von Paris, Brüssel, Madrid, London, Wien: Immer wieder versagen staatliche Behörden, wenn es darum geht, Gefährder rechtzeitig zu stoppen.

Die Europäische Union muss gemeinschaftlich mehr tun im Kampf gegen den Terrorismus. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fordert eine Neudefinition der Schengengrenzen. Frankreich wird seine Polizisten an den Grenzen verdoppeln. Das alleine wird Attentate jedoch wohl kaum verringern.

Österreich, Schweden, Dänemark, die Niederlande und Finnland, jene Staaten, die das EU Budget vor zwei Monaten fast scheitern ließen, fordern eine engere Zusammenarbeit bei Europas Terrorbekämpfung. Sie wollen dabei besonders die „intransparente Finanzierung von nationalen zivilen und religiösen Organisationen begrenzen, die negativ auf unsere Gesellschaft einwirken.“ Nach Meinung sachkundiger Beobachter der „Terrorfinanzszene“ steht Großbritannien mit seiner „Charity Commission“, die die Befolgung gesetzlicher Vorgaben kontrolliert, am besten da, verließ aber bekanntlich gerade die Union.

In Deutschland hingegen sind, mit leichten Veränderungen, noch immer Regeln und Vorgehensweisen aus der Zeit der Bismarckschen Abwehr der Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts in Kraft. Die Regulierung der Vereine und Nichtregierungsorganisationen findet noch immer weitgehend auf lokaler Finanzamts-Ebene statt – ein eher intransparentes und ineffektives Vorgehen, das dringend reformiert werden müsste.

Geldflüsse für terroristische Planungen geschehen nicht selten über radikale Moscheen, die zu enttarnen schwer ist. Kompliziert wird die Kontrolle von Geldflüssen durch die Art der Geldübertragung: das Hawala System, ein informelles System, das im 8.

Jahrhundert in Indien entwickelt wurde und heute Gastarbeitern hilft, ihren Familien im Irak, in Afrika oder anderen Orten mit Geld zu unterstützen. In der arabischen Welt verfügen nur 34 Prozent der Menschen über ein Bankkonto. Schickt man über dieses System Geld nach Somalia an eine Terrororganisation, so wird das in Deutschland nur als Ordnungswidrigkeit eingestuft. Die Kontrolle der Geldflüsse ist schwierig. Dabei könnten Australien, Malaysia und selbst Afghanistan als Modelle dienen, die dies System besser überwachen, als das Europa bisher tut.

Österreich verfügt seit 2015 über ein Islamgesetz, das die Einflüsse der radikalen Hassprediger stoppen soll. Fortan sollte kein aus der Türkei oder einem anderen Islamstaat entsandter und von dort bezahlter islamischer Geistlicher mehr in Österreich arbeiten. Die Umsetzung ist noch nicht wirklich gelungen.

Ein Problem Europas sind jene Menschen, die in den Dschihad zogen oder ziehen wollten und entweder zurückkehren oder in Gefängnissen in Syrien oder dem Irak sitzen und auf ihre Repatriierung warten. Die Europäer sind zögerlich, diese Männer und Frauen zurück zu nehmen. Zurückgekehrt werden sie vor Gericht gestellt und im Falle nachweisbarer Vergehen verurteilt. Kompliziert ist der Versuch der Resozialisierung. Kommen Verurteilte in ein Deradikalisierungsprogramm ist der Erfolg offen. Evaluierung und Monitoring sind in Deutschland von Bundesland zu Bundesland verschieden. So gelang es nicht, den Gefährder Annis Amri vor seiner Tat abzuschubsen, was rechtlich möglich gewesen wäre.

Österreichs Medien hätten in der Nacht des Attentats informieren sollen, ohne zusätzliche Panik zu verursachen. Ein privater Fernsehsender aber spekulierte haltlos über mögliche Täter und strahlte unverantwortlicher Weise ein Handyvideo aus, in dem die Verhaftung von vier jungen Männern zu sehen ist, die von nervösen Polizisten gezwungen wurden, sich auszuziehen. Unnötig an dieser Stelle zu sagen, dass sich schnell herausstellte, dass die Männer mit dem Terrorakt nichts zu tun hatten.

Die ungeprüfte Ausstrahlung führte zu Beschwerden bei der Presseaufsicht. Auch einige Werbetreibende gaben bekannt, ihre Spots auf dem Sender zurückziehen zu wollen.

Schließlich warnen Religionsoberrhäupter und Politiker: der islamistische Extremist dürfe nicht mit der Gemeinschaft aller Muslime in Österreich in einen Topf geworfen werden. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz stellte fest: „Hier geht es nicht um Christentum gegen Islam, hier geht es um Zivilisation gegen Barbarei.“ Zusätzliche schärfere Gesetze forderte er allerdings auch. Allein, es ist zu befürchten, dass dies nicht reichen wird.



KLAUS PRÖMPERS

leitete als Korrespondent die ZDF-Studios in Wien und New York. Zuvor war er für die Sendung bonn direkt verantwortlich. Er lebt in Wien.

Asymmetrisches Gleichgewicht

Die Opposition in Belarus kämpft gegen Lukaschenko – und sucht nach außenpolitischer Orientierung | Von Gwendolyn Sasse

Zwei Monate dauern die Proteste in Belarus inzwischen an. Sie hatten sich nach der Präsidentschaftswahl am 9. August durch das Ausmaß gewaltsamer Repressionen sowie die Dimensionen der Wahlmanipulation rasch zu einer Massenmobilisierung verdichtet. Ein Ende der Proteste ist bisher nicht in Sicht – ebenso wenig wie der Rücktritt von Alexander Lukaschenko.

Es hat sich eine Art asymmetrisches Gleichgewicht der Kräfte etabliert: Auf der einen Seite stehen je nach Wochentag und Aufgebot der Sicherheitskräfte zehntausende von Protestierenden, auf der anderen Seite stehen Lukaschenko und sein Sicherheitsapparat. Beim kompromisslosen Einsatz von Gewalt gegen friedliche Protestierende kann Lukaschenko auf die rhetorische und finanzielle Unterstützung des russischen Präsidenten Wladimir Putin vertrauen. Ob Putin allerdings darüber hinaus bereit ist, Lukaschenko mit russischen Sondereinheiten zu stützen, ist weiterhin ungewiss. Der Preis für ein gewaltsames Eingreifen auf Seiten Lukaschenkos wäre für Putin hoch: Er würde das Vertrauen der traditionell russlandfreundlichen Bevölkerung im Nachbarland verlieren. Ob ein solches Handeln in Russland populär wäre, ist ebenfalls schwer abzusehen. Zum jetzigen Zeitpunkt beobachtet der Kreml die Ereignisse genau, ist sich der vollständigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit Lukaschenkos gewiss – und wartet ab. Eine mittel- bis längerfristige Strategie zeichnet sich bisher nicht ab; vielleicht gibt es sie noch gar nicht.

Die Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja hat aus dem Exil in Litauen ein enges Netz aus diplomatischen Kontakten zur EU und zu den Regierungen zahlreicher EU-Mitgliedsstaaten aufgebaut und versucht damit, den Druck von außen auf Lukaschenko zu erhöhen. Eine zweite Runde von personenbezogenen Sanktionen, darunter auch gegen Lukaschenko selbst, wird gerade von der EU auf den Weg gebracht. Diese Sanktionen haben vor allem Symbolwirkung.



Gemeinsam protestieren: Minsk gegen Lukaschenko

Darüber hinaus diskutiert der Bundestag über ein Hilfspaket für Belarus, in dem explizit von Unterstützung für die Opposition die Rede ist. Damit lässt die deutsche Politik zunehmend ihre zurückhaltende Position hinter sich, die der Sorge geschuldet war, eine Parteinahme könne in Moskau als Provokation und Vorwand für eine Intervention dargestellt werden. Die baltischen Länder und Polen hatten innerhalb der EU in ihrem Sanktionsregime, der Aufnahme von Verfolgten und Kooperation mit der belarussischen Zivilgesellschaft bereits ein anderes Tempo vorgelegt. Die Bevölkerung in der EU hat sich bislang nur sehr vereinzelt mit der belarussischen Gesellschaft solidarisch gezeigt. Man hätte sich mehr öffentlich sichtbare Unterstützung für die Forderung nach einem demokratischen Neuanfang und die Verurteilung der Gewaltanwendung durch das Lukaschenko-Regime erhofft. Offensichtlich ist Belarus weiterhin auf der mentalen Landkarte weiter entfernt, als es die geografische Distanz und historischen Verflechtungen nahelegen.

Im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts MOBILISE ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) an einer seit der Präsidentschaftswahl online durchgeführten Befragung der

Protestierenden in Belarus beteiligt (die dort genannten Zwischenergebnisse beziehen sich auf ca. #11000 Befragte). Zu den beeindruckenden Zahlen gehört die Tatsache, dass auch jetzt noch 70 Prozent aller befragten Protestierenden optimistisch auf den Erfolg der Proteste setzen und dass 80 Prozent zum ersten Mal in ihrem Leben an politischen Protesten beteiligt sind. Diese umfassende Politisierung der Gesellschaft gehört zu den wichtigsten Auswirkungen der vergangenen zwei Monate.

Die Führungsriege des oppositionellen Koordinierungsrats hat immer wieder betont, dass die derzeitigen Entwicklungen eine rein innenpolitische Angelegenheit seien, und vor der Einmischung durch Russland oder die EU gewarnt. Es wurde bestritten, dass es sich um eine Neupositionierung von Belarus in Bezug auf den Westen handele. Inzwischen ist diese Rhetorik heruntergefahren worden. Laut Umfrage ist die Zahl derer, die unter ihren Hoffnungen engere Beziehungen mit der EU oder Russland genannt hatten, mit 2 bzw. 1 Prozent verschwindend gering.

Auf die Frage nach den außenpolitischen Orientierungen ergibt sich jedoch eine klare Polarisierung: Knapp unter 40 Prozent der Befragten wünschen sich engere Beziehungen zur EU, und knapp über 40 Prozent lehnen diese ab. Eine Union mit Russland, die es auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene in Ansätzen bereits gibt, befürworten nur etwa 8 Prozent. Die Frage, ob Russland die Hauptbedrohung für Belarus sei, wurde von 38 Prozent bejaht und von 37 Prozent verneint.

Trotz der nachvollziehbaren Strategie der Mitglieder des Koordinierungsrats, die geopolitischen Implikationen der Proteste nicht zu betonen, zeigt das Stimmungsbild bereits deutlich, dass es polarisierte Meinungen zu den Beziehungen zur EU und Russland gibt. Diese Polarisierung wird sich mit der Zeit verstärken und den politischen Diskurs expliziter prägen. Die Proteste haben sich vom Ruf nach Neuwahlen zu einer Forderung nach einem umfassenden demokratischen

Wandel weiterentwickelt. Da sich die demokratischen Werte mit der EU und nicht mit Russland verbinden, schafft diese Forderung eine neue Art der diskursiven Nähe zur EU und eine größere Distanz zu Russland. Damit ist eine außenpolitische Neuorientierung in der Binnenlogik der Proteste für die Zeit nach Lukaschenko angelegt. Wann diese Zeit beginnt, ist immer noch unklar. Fest steht, dass er jegliche Legitimation verloren hat und gehen muss, aber die Frage ist, wann und auf welchem Weg.



PROF. DR. GWENDOLYN SASSE

ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS).

DER HAUPTSTADTBRIEF

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach
Jetzt bestellen auf:
www.derhauptstadtbrief.de/newsletter

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Eisern

Während in ganz Deutschland die Restaurants wieder geschlossen haben, herrscht nicht nur im bekannten Pekinger Ausgeh-Viertel Sanlitun in Peking reges Treiben. Kaum noch jemand trägt Maske, die Menschen sind entspannt. Im ganzen Land ist das inzwischen wieder so. Die beneidenswert niedrigen Infektionszahlen des Landes sind offenbar keiner geschönten Statistik geschuldet, sondern Realität. China hat – anders als der Rest der Welt – die Pandemie im Griff. Wie kann das sein?

Der Katalog an Maßnahmen dort ist weitgehend bekannt: Massenhafte Tests bereits bevor sich Symptome zeigen, Laborengpässe gibt es dort nicht. Dazu das schnelle Abriegeln lokaler Hotspots, die eiserne Kontrolle der Quarantäne, eine konsequente Nachverfolgung von Kontakten, der kein Datenschutz im Wege steht und dazu strikte Einreisebeschränkungen.

Entscheidend für den Erfolg ist allerdings das gesellschaftliche Selbstverständnis der mehr als eine Milliarde Chinesen, das sich in den vergangenen zweieinhalbtausend Jahren herausgebildet hat. Traditionelle, ehemals konfuzianisch geprägte Ordnungsvorstellungen haben ihre Wirkungsmacht bis heute nicht verloren. Dazu gehört die hohe Akzeptanz eines zutiefst paternalistisch organisierten Gemeinwesens, das es – Konfuzius' Lehren hin oder her – gerade im Kommunismus zu neuer Blüte brachte. Der alte, straff durchorganisierte Beamtenstaat des Kaiserreiches, dessen Tentakel sich in die hintersten Winkel der Gesellschaft erstreckten und das Leben eines jedes Einzelnen mitbestimmten, ist trotz des Untergangs der Dynastien nie verschwunden. Im Gegenteil – er ist auf unheimliche Weise noch erstarkt. Auch die Kommunisten organisierten die Gesellschaft hierarchisch höchst kleinteilig in sogenannten Einheiten. Heute sind dies Nachbarschaftskomitees. Sie verstetigten damit das Blockwart-System, das es schon immer gab, um das Verhalten der Einwohner zu kontrollieren und dadurch das riesige Reich vor dem Zerfall zu schützen. Gegen umfassende soziale Kontrolle hat das Gros der Chinesen, weil sie es kaum anders kennen, nichts einzuwenden: Wer sich an alle gesellschaftlichen Regeln hält, kann sicher und friedlich leben. Seit zweitausend Jahren definiert die Mehrheit ihr Ich im Bezug zum Wir, nicht – wie im Westen – umgekehrt.

Wenn die Kanzlerin zu Beginn des neuerlichen Shutdowns an die Disziplin eines jeden Einzelnen appelliert, wohlwissend, dass sie damit kaum die Mehrheit der Bevölkerung erreicht, sind derlei Beschwörungen in China gar nicht nötig. Die soziale DNA sorgt schon per se für Wohlverhalten, der Rest ist dann Kontrolle.